

# **STUDIERENDENSCHAFT**

**JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN**  
**KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS**

**STUDIARENDENPARLAMENT**

**Ausführliches Protokoll der 6. Sitzung des 56. Studierendenparlaments vom 19.10.2017.**

**TOP 1) BEGRÜSSUNG, FESTSTELLUNG ANWESENHEIT UND DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT**

Es sind 24 Parlamentarier\*innen anwesend, damit ist eine Beschlussfähigkeit gegeben.

**Teilnehmer\*innenliste** der 6. Sitzung vom 19.10.2017, Beginn 19 c.t.:

<b>Jusos</b>	Jan Moritz Böcher*, Franziska Henrich*, Henrik Marx, Wilhelm Terporten, Jakob Lucifero, Daniel Heinz, Christoph Görres, Anja Daßler, Julia Hinze, Anna Kring, Lea Konrad, Johannes Deinzer, Tevin Pettis
<b>Die Grünen Köpfe – UniGrün</b>	David Bianucci*, Lukas Leufgens, Olga Tarasiuk, Dominic Büttner, Kaja Götze, Sanja Klein
<b>StudentenUnion (RCDS)</b>	Robin Kaiser, Sascha Deisel, Chris Steinmeier
<b>Liberales Hochschulgruppe (LHG)</b>	Andreas Schlaaff, Olaf Bugla
<b>Demokratische Linke (DL)</b>	-

\*Präsidiumsmitglieder

## Tagesordnung

TOP 1) BEGRÜSSUNG, FESTSTELLUNG ANWESENHEIT UND DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT .....	2
TOP 2) GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG .....	4
TOP 3) MITTEILUNGEN DES PRÄSIDIUM.....	4
TOP 4) GENEHMIGUNG DES PROTOKOLLS DER 5. SITZUNG DER 56. LEGISLATURPERIODE .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
TOP 5) ANTRÄGE INTERN <del>MITTEILUNGEN STUDENTISCHER AMTSTRÄGER*INNEN</del> .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
TOP 6) MITTEILUNGEN STUDENTISCHER AMTSTRÄGER*INNEN .....	6
TOP 7) FRAGEN AN AKTUELLE UND EHEMALIGE AMTSTRÄGER*INNEN .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
TOP 8) STUDIERENDENSPRECHSTUNDE .....	8
TOP 9) BENENNUNG ÄLTESTENRAT .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
TOP 10) ANTRÄGE EXTERN .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
TOP 11) LEIHFARRADSYSTEM .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
TOP 12) PREISERHÖHUNG RMV UND NVV .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>

## **TOP 2) GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG**

J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): Tagesordnungspunkt 5 werde zu "Anträge Intern", da der Fachschaftsantrag begründet werden möchte.

*Die geänderte Tagesordnung wird omnis pro angenommen.*

## **TOP 3) Mitteilungen des Präsidiums**

J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): Heute gebe es einen Livestream, vielen Dank ans Öffentlichkeitsreferat.

## **TOP 4) Genehmigung des 3. Protokolls der 56. Legislaturperiode**

J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): Änderungen von Andreas Schlaaff seien per Mail eingegangen und werden übernommen.

*Protokoll omnis pro angenommen.*

## **TOP 5) Anträge Intern**

### **Fachschaft Sport**

*Dringlichkeit wurde begründet*

FS: Bis zum 3.11 müsse die genaue Teilnehmerzahl angegeben werden, dies sei vor der nächsten Sitzung. Aus diesem Grund die Dringlichkeit. Letzte Woche sei erst die Sitzung der Fachschaft gewesen, weshalb der Antrag so spät eingegangen sei.

*Dringlichkeit bei 16 Ja Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.*

FS: Da es zwei Einführungswochen gäbe werde diese Brauereibesichtigung organisiert. Es solle zum Kennenlernen untereinander dienen. Erstis sollen dabei bevorzugt werden, freie Plätze könne man dann an andere Studierende zuteilen.

*Antrag bei einer Enthaltung angenommen.*

### **DS 56-18 Resolution NC**

J.Deinzer(Jusos): Letzte Woche habe das Bundesverfassungsgericht darüber abgestimmt, wir wollen uns mit diesem Antrag ebenfalls positionieren.

J.M.Böcher(Jusos/Präsidium)): Es gäbe einige Änderungen seitens des RCDS.

R.Kaiser(RCDS): LHG habe Vorrang.

A.Schlaaff(LHG): Es werde sehr extrem argumentiert in dem Antrag. Der vorletzte Satz würde so keinen Sinn machen, da es so klinge als sei der NC Schuld daran, dass es zu wenig Frauen gäbe.

L.Konrad(Jusos): Die PISA-Studie habe belegt, dass Frauen innerhalb der MINT-Fächer weniger gefördert werden und aus diesem Grund dort schlechtere Noten haben.

A.Schlaaff(LHG): Ich habe nicht vorgehabt eine Debatte zur Begründung zu beginnen, vielleicht gäbe es ja die Möglichkeit, dass alle Listen gemeinsam eine Resolution ausarbeiten. Die Grammatik sei einfach nicht gut, vielleicht könne man den Antrag vertagen und gemeinsam erarbeiten.

R.Kaiser(RCDS): Die Basis des Antrags sei unterstützenswert, ich plädiere auch darauf den Antrag zu vertagen, um gemeinsam eine Resolution auszuarbeiten, welche von allen Listen unterstützt werde.

J.Deinzer(Jusos): Eine Resolution sei etwas, womit auf einen aktuellen Anlass reagiert werde und nichts, was sich ein halbes Jahr ziehen solle. Es gehe darum, über die Begründung abzustimmen.

A.Schlaaff(LHG): Ich empfehle am Ende die Fehler rauszustreichen und eine gemeinsame Resolution zu erarbeiten, dies sei auch ein schönes Symbol.

A.Schlaaff stellt GO Antrag auf Vertagung.

Antrag bei 5 Ja Stimmen, 4 Enthaltungen und 15 Nein stimmen **abgelehnt**.

R.Kaiser(RCDS): Die ersten zwei Änderungspunkte könne man zusammenfassen. Man streiche erst nicht/oder und füge ein müssen hinzu. Es sei unserer Meinung nach nicht umsetzbar, gänzlich auf einen NC zu verzichten.

J.Deinzer(Jusos): Punkt 1 ändere inhaltlich nichts aus diesem Grund sei ein Änderungsantrag nicht sinnvoll. **Änderungsantrag 1 mit 5 Ja Stimmen, 18 Nein Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.**

**Änderungsantrag 2 mit 5 Ja Stimmen, 17 Nein Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.**

R.Kaiser(RCDS): Zu Punkt 3: In vielen Hochschulen werde dies schon berücksichtigt, aus diesem Grund sei Punkt 4 der Resolution in unseren Augen überflüssig.

J.Deinzer(Jusos): Der Spitzensportlerschlüssel sei kein Meilenstein, je nach Uni werde eine Ausbildung unterschiedlich berücksichtigt. Wir fordern eine einheitliche Regelung.

R.Kaiser(RCDS): Dann solle geschrieben werden, dass eine einheitliche Regelung gefordert werde. Wenn ihr eine einheitliche Regelung fordert, müsse dies umformuliert werden.

J.Hinze(Jusos): Es solle keine technische Resolution werden, sondern dass wir uns dafür aussprechen.

O.Bugla(LHG): Was gesagt wurde und was in der Resolution steht sei anders. Finde es grundsätzlich gut, dass persönlich geschaut werden solle, jedoch sprecht ihr daraufhin eine einheitliche Quote an.

J.Deinzer(Jusos): Natürlich könne man in jeden Punkt kleinteilig noch etwas einbringen, jedoch gehe es hier um eine politische Sichtweise.

**Änderungsantrag Punkt 3 mit 5 Ja Stimmen und 19 Nein Stimmen abgelehnt.**

R.Kaiser(RCDS): Änderungsantrag 4 und 5 werden gemeinsam begründet. In dem Antrag könne ergänzt werden, dass es nicht nur zu viele Bewerber\*innen gäbe, sondern auch zu wenig Alternativen. Damit solle aufgezeigt werden, dass es auch Alternativen zu einem Studienplatz gäbe.

J.Deinzer(Jusos): In diesem Antrag gehe es nicht um die Frage welche Ausbildung schlage ich ein, sondern um die Frage welche KANN ich einschlagen. Es sei richtig, dass Alternativen aufgezeigt werden sollten, jedoch gehe es ja um Zulassungsbeschränkungen an Hochschulen.

**Änderungsanträge 4 und 5 bei 5 Ja Stimmen, 17 Nein Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.**

R.Kaiser(RCDS): Eine Resolution welche von mehreren Listen erstellt wurde erzeuge mehr Druck und sähe besser aus. Nächstes mal könne im Vorfeld ja mal nachgefragt werden und gemeinsam diskutiert werden.

Ziehe den Änderungsantrag 6 zurück.

**Änderungsantrag 6 wurde zurückgezogen.**

C.Görres(Jusos): Es sei schön, dass eine Zusammenarbeit in Betracht gezogen werde, wieso wurden allerdings die Anträge erst heute verschickt?

R.Kaiser(RCDS): Beim nächsten mal schicke ich die Anträge gerne früher zu.

**Resolution in der vorliegenden Form bei 18 Ja Stimmen, 4 Nein Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.**

### **DS 56-19 Resolution Palandt**

A.Schlaaff(LHG): Aus der Resolution gehe nicht hervor, inwieweit es unser hochschulpolitisches Mandat betreffe.

L.Konrad(Jusos): Es sei ein Standardwerk, welches alle Jurist\*innen benutzen. Es ist ein direkter studentischer Bezug, wenn Studierende das Buch nutzen MÜSSEN.

R.Kaiser(RCDS): Rein formal: Wurde die Resolution mal gelesen?

J.Deinzer(Jusos): Ja.

R.Kaiser(RCDS): Kann jemand den ersten Satz erklären?

J.Deinzer(Jusos): Entschuldigung. Es sei ein Flüchtigkeitsfehler, entschuldige mich in aller Form dafür.

J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): Wie solle es denn richtig heißen?

J.Deinzer(Jusos): Man streiche das "zu".

**Resolution bei 7 Enthaltungen angenommen.**

## ***TOP 6) Mitteilungen studentischer Amtsträger\*innen***

T.Pettis(Jusos): Das Öffentlichkeitsreferat berichte, dass es um die 5900 neue Studierende sein dürften und der AStA durch die Ersti-Tüten ganz gut ankam.

J.Deinzer(Jusos): Ich habe letzte Woche mit den Stadtwerken telefoniert, wegen der Freibadflatrate. Trotz des schlechten Wetters seien die Besucherzahlen gleich geblieben zum Vorjahr. Ein neuer Vertrag werde uns bald zugehen.

L.Konrad(Jusos): Das Referat für politische Bildung plane eine Veranstaltung zum Thema Europa. Es solle keine Podiumsdiskussion stattfinden, das grobe Thema sei "Europa nach Trump", es gäbe aber noch keine genauen Pläne. Es werden Teilnehmer\*innen für besagte Diskussion gesucht.

A.Daßler(Jusos): Die Sparkasse setze sich bald in Verbindung mit der Uni, um über einen Geldautomat an den Naturwissenschaften zu sprechen.

## ***TOP 7) Fragen an aktuelle und ehemalige Amtsträger\*innen***

J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): Es sei eine E-Mail von Andreas Schlaaf eingegangen mit folgender Frage: Im AStA Protokoll vom 18.09.2017, obwohl im Protokoll das Datum 21.08.2016 eingetragen ist, findet sich unter 4.1 ein Antrag mit dem Namen Popup Town. Handelt es sich hierbei um einen Antrag zur externen Förderung? Wie wurde mit diesem Antrag weiter vorgegangen? Hat der AStA Satzungs- und Ordnungskonform gehandelt?

L.Konrad(Jusos): Ich habe bei einer Sitzung die Leitung gehabt: Der Antrag sei 2 Monate vorher eingegangen und sei durch den Wechsel des Koordinationsreferats untergegangen, zu diesem Zeitpunkt sei die alte Vergabeordnung noch aktuell gewesen, zum Zeitpunkt der Sitzung habe es eine neue Vergabeordnung gegeben. Es sei entschieden worden, nach der alten Vergabeordnung vorzugehen, weshalb es auch während der AStA-Sitzung besprochen sei. Die Antragssteller\*innen seien nicht darüber informiert gewesen, dass ein Anspruch auf Dringlichkeit bestehe. Es sei während der Sitzung geäußert worden, dass man den Antragssteller\*innen unrecht täte, wenn der Antrag zurückgeschickt werden würde. Während der Sitzung sei über den Antrag diskutiert worden und die Dringlichkeit sei angenommen worden, jedoch haben einige Informationen nicht vorgelegen, weshalb der Antrag vertagt wurde. Die Antragssteller\*innen haben die fehlenden Informationen an das Koordinationsreferat geschickt, aus diesem Grund habe man in der nächsten Sitzung über den Antrag abgestimmt.

A.Schlaaff(LHG): Ich bitte um die Beantwortung der Frage, ob der AStA Satzungs-konform gehandelt habe.

L.Konrad(Jusos): Es sei nach der Vergabeordnung gehandelt worden.

J.Deinzer(Jusos): Es sei versucht worden den Antragssteller\*innen zu helfen. Es sei eine Richtlinie nicht genau eingehalten worden, jedoch um den Antragssteller\*innen entgegenzukommen.

A.Schlaaff(LHG): Man solle sich an Vorgaben halten. Habe der AStA sich an die Verordnungen gehalten?

J.Deinzer(Jusos): Der AStA habe nicht Ordnungskonform gehandelt, dies sei korrekt. Ich entschuldige mich im Namen des AStA´s dafür, jedoch wolle man den Antragsteller\*innen nur entgegenkommen, aus diesem Grund sei so gehandelt worden. In der Situation sei gedacht worden, dass korrekt gehandelt wurde, dies sei im Nachhinein nicht korrekt gewesen, der Schaden würde sich jedoch in Grenzen halten.

A.Schlaaff(LHG): Der Beschluss sei anfechtbar. Seien die Gelder schon bezahlt worden?

L.Konrad(Jusos): Der Antrag sei unter Vorbehalt beschlossen worden, dass im StuPa geklärt werde, wieviel Geld noch vorhanden sei.

A.Schlaaff(LHG): Wieso sei der Antrag nicht direkt in die Vergabeordnung gegeben worden?

J.Deinzer(Jusos): Es sei gedacht worden, dass der Antrag sehr dringend sei.

R.Kaiser(RCDS): Frage an das Öffentlichkeitsreferat: Die Facebookseite des AStA´s habe einen Beitrag von Matthias Körner geteilt. Dies sei ein falscher Bezug zur Unabhängigkeit des AStA´s, da dieser neutral bleiben solle.

O.Tarasiuk(UniGrün): Es sei intern abgestimmt worde, Veranstalter sei u.a. Johannes gewesen und es sei um den DGB gegangen.

L.Leufgens(UniGrün): Generelle Bedenken seien gerechtfertigt, ich habe es auch kritisch gesehen. Es sei jedoch wie gesagt abgestimmt worden, da es eben mehrere Veranstalter gegeben habe.

J.Deinzer(Jusos): Ich finde es in Ordnung, wenn der AStA eine Veranstaltung teilt, bei welcher u.a. ich als AStA-Sprecher Veranstalter sei. Der DGB-Mittelhessen habe keine eigene Facebookseite, weswegen wir es ebenfalls geteilt haben.

R.Kaiser(RCDS): Es sei gut, dass es auf Diskussionen gestoßen sei, jedoch hätte dort nicht stehen sollen "...hat Matthias Körner´s Veranstaltung geteilt."

J.Deinzer(Jusos): Facebook würde es völlig zufällig einstellen, wer dort als Veranstalter stehe, wenn man eine Veranstaltung teile. Es ginge dem AStA darum, eine Veranstaltung gegen die NPD zu teilen.

R.Kaiser(RCDS): Der Schaukasten des Öffentlichkeitsreferates müsse mal aktualisiert werden. Die Freibadflatrate sei 23000 mal genutzt worden. Fasse diese Zahl JLU und THM zusammen?

J.Deinzer(Jusos): Nein, es werde unterschieden.

A.Schlaaff(LHG): Es sei schön, dass ein Livestream existiere. Gibt es auch ein Richtmikrofon?

T.Pettis(Jusos): Es werde demnächst gesucht.

R.Kaiser(RCDS): Was sei für den Livestream angeschafft worden und was habe dies gekostet?

T.Pettis(Jusos): Ein Richtmikrofon gebe es, dies werde gesucht. Es solle ein neuer Laptop und eine neue Kamera angeschafft werden.

A.Schlaaff(LHG): Stehen noch Verhandlungen zum Thea VWGS an?

J.Deinzer(Jusos): Der Vertrag gehe über 2 Semester, es sei also alles beschlossen.

A.Schlaaff(LHG): In der Ersti-Tüte habe die Zeitung "Straßen aus Zucker" gelegen, welche man als linksradikal bezeichnen könne. Werfe dies nicht ein schlechtes Licht auf den AStA?

L.Konrad(Jusos): Es sei ein Vorschlag vom Referat für Antirassismus und Antifaschismus gewesen. Es sei im AStA besprochen und abgestimmt worden.

A.Schlaaff(LHG): Der AStA distanzieren sich also nicht?

L.Leufgens(UniGrün): Ich war an der Sitzung anwesend, es sei lang und kontrovers diskutiert worden. Es seien mit Sicherheit einige Aussagen drin, welche den Rahmen sprengen. Man solle überlegen, ob nächstes Jahr diese Zeitung längerfristig kontrolliert werde.

R.Kaiser(RCDS): In einer Karrikatur in der Zeitung werde dazu aufgerufen, dass Bundesverfassungsgericht anzuzünden. Man müsse überlegen, ob sich der AStA damit nicht klar linksextrem positioniere, obwohl er neutral bleiben müsse.

J.Deinzer(Jusos): Ich denke nicht, dass der AStA der Meinung sei, man solle das Bundesverfassungsgericht anzünden, jedoch könne der AStA durchaus einen politischen roten Faden haben, man beziehe sich ja auf Hochschulpolitik. Die Zeitung sei das Projekt eines AStA-Referats.

R.Kaiser(RCDS): Unpolitisch sei das falsche Wort gewesen, der AStA bestehe nunmal aus Jusos und Grünen, man solle jedoch darauf achten, nicht ins Extreme zu rutschen.

O.Tarasiuk(UniGrün): Man könne die Diskussion auf nächste Sitzung verschieben, damit die Referent\*innen ebenfalls anwesend sein können.

A.Schlaaff(LHG): Ich könne mir vorstellen, dass diese Zeitung einige Erstis abgeschreckt hat und sie aus diesem Grund nicht sehr begeistert vom AStA seien.

L.Konrad(Jusos): Unsere Beweggründe seien ein Referat, welches für sich handeln könne. Ich finde die Zeitung gut, sie sei nicht meine Meinung, jedoch habe sich das Referat die Mühe gemacht und man müsse sie für nächstes Jahr eben nochmal diskutieren.

J.Deinzer(Jusos): Es sei nicht gut gelaufen mit der Zeitung, das Referat habe jedoch sonst keine Grenze überschritten. Die Zeitung werde vermutlich nicht noch einmal in eine Ersti-Tüte kommen.

## **TOP 8) Studierendensprechstunde**

*Keine Fragen.*

## **TOP 9) Benennung Ältestenrat**

Florian Stenzel

Stefan Lücker

## **TOP 10) Anträge Extern**

### **DS 56-13**

*Antragsstellerin stellt sich vor.*

C.Görres(Jusos): Wie ich es verstanden habe, seien bewaffnete Kämpfer in die Stadt eingezogen?

Antragsstellerin: Sie wollen sich in ihrem Raum behaupten, welchen der Staat ihnen nicht zugestehe.

A.Schlaaf(LHG): Wieso sei es sinnvoll, aus Sicht der Studierenden, diesen Antrag zu fördern?

Antragsstellerin: Es gebe einige Studierende, welche tatsächlich vor Ort waren. Wir wollen den Studierenden ermöglichen, sich darüber zu informieren und ein anderes Politikverständnis näherbringen.

W.Terporten(Jusos): Werden autonome Gebiete angestrebt?

Antragsstellerin: Ja.

R.Kaiser(RCDS): Es sei nicht gut einen Antrag zu fördern, welcher sich teilweise mit Gewalt befasse. Der einzige Bezug bestehe daraus, dass sich Studierende informieren können.

C.Görres(Jusos): Es sei schwierig, da von einer „direkten Unterstützung der Rebellen“ gesprochen werde und von „Revolution und Kampf“. Es erschließe sich nicht, wie und weshalb sich der AStA dort einbringen solle.

L.Leufgens(UniGrün): Das Thema sei heikel. Die Idee zu informieren sei generell nicht falsch. Es gebe nicht „die richtige Position“. Problematisch sei es jedoch, dass sich der AStA durch diesen Antrag indirekt politisch positioniere, was uns nicht zustehe.

*Antrag bei 6 Enthaltungen **abgelehnt**.*

### **DS 56-16**

*Antragsstellerin stellt sich vor.*

A.Schlaaff(LHG): Dies sei ein Antrag für nächstes Jahr, weshalb er nicht in die Vergabeordnung falle. Es sei eine Haushaltsdebatte und man müsse überlegen, ob man den Antrag ans Finanzreferat überweise.

J.Deinzer(Jusos): Es liege ein Änderungsantrag vor. Wir wären dafür den Antrag mit 1500 Euro zu fördern, jedoch wäre es eine große Hilfe, wenn ihr jetzt 500 Euro beantragen würdet, welche ihr jett erhaltet, und die restlichen 1000 Euro für nächstes Jahr „reserviert werden“.

Antragsstellerin: Als gemeinnütziger Verein dürfen wir keine Gelder mit ins neue Jahr nehmen.

L.Leufgens(UniGrün): Aufgrund der Haushaltssituation können wir nicht einfach 1500 Euro veranschlagen.

R.Kaiser(RCDS): Wie unterscheidet ihr euch vom Hochschulsport/Selbstverteidigung?

Antragsstellerin: Es gehe nicht um Selbstverteidigung, eher um Selbstbehauptung. Es gehe darum, wie man als Frau\* Grenzen setzt und behauptet. Die Organisation Wildwasser habe den Schwerpunkt „Sexualisierte Gewalt in der Kindheit“ und berate auch dahingehend. Dies tun wir nicht.

J.Hinze(Jusos): Zusammen mit der aktuellen „#metoo“-Kampagne finde ich das Angebot sehr gut und es solle gefördert werden.

L.Leufgens(UniGrün): Es sei sinnvoll, wenn die Antragstellerin einer Kürzung auf 500 Euro zustimme, danach könne über den Haushalt gesprochen werden.

*Änderungsantrag **angenommen**.*

*Antrag einstimmig **angenommen**.*



**DS 56-15**

J.Deinzer(Jusus): Dies sei ein weiteres Kulturprojekt, man müsse nochmal eine Sache abklären: Es gebe Studierende, welche bei dieser Veranstaltung ein Praktikum absolviert haben. Wenn wir den Antrag annehmen, dann unter Vorbehalt, da dieser an die Rechtsabteilung geschickt werden müsse. Außerdem wären wir für eine Kürzung auf 400 Euro.

R.Kaiser(RCDS): Also sobald jemand Credit Points erhält beziehungsweise ein Praktikum macht, dürfe der Antrag nicht angenommen werden?

J.Deinzer(Jusus): Dies hänge davon ab, ob es von externen Leuten organisiert werde und einige Studierende dort ein Praktikum machen, oder ob es wegen der Praktika organisiert werde.

*Änderungsantrag einstimmig **angenommen**.*

*Antrag bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen **angenommen**.*

**TOP 11) Leihfahrradsystem**

Frau Wegner und Herr Eisfeller stellen sich vor.

Frage 1:

*Wie häufig werden die Fahrräder am Tag wieder geholt werden?*

Wegner: Dies werde pro Standort abgestimmt.

Frage 2:

*An welchen Stellen sollen die Fahrradstationen sein?*

Wegner: Dies könne man größtenteils auch aus der Presse entnehmen. Standorte seien Philosophikum, Seltersberg, Campus Recht und Wirtschaft und Campus Sport/Kugelberg. Es habe einen Grund, warum diese Verteilung vorgesehen sei.

Frage 3:

*Wie soll die Anmeldung am Fahrrad erfolgen?*

Wegner: Vorgesehen sei die Anmeldung per App, sei jedoch vom Anbieter abhängig.

R.Kaiser(RCDS): Was ist, wenn jemand kein Handy besäße?

Wegner: Wenn ein Handy-Account bestehe, personifiziert vom Betreibe, gebe es als JLU-Mitglied auch die Möglichkeit einer Anmeldung vor Ort direkt an den Stationen an einem Terminal. Wir sind uns der Problematik bewusst, dass es nicht nur über Handys geregelt werden solle.

Frage 4:

*Können die Fahrräder überall abgestellt werden, oder müssen sie an einen bestimmten Punkt gebracht werden?*

Wegner: Es werde ein stationsgebundenes System angestrebt.

Frage 5:

*Mit wie vielen Studenten rechnet die JLU, welche am Tag/ pro Stunde vom Phil1/2 zu den NaWis müssen?*

Wegner: Die Frage ziele auf die Sanierung des Haus A und die des Audimax. Es werde mit 750 Pendler\*innen im Wintersemester pro Vorlesung.

Frage 6:

*Wie viele Seminare/Vorlesungen werden an die NaWis verlegt?*

Wegner: Die Lehrpläne seien noch nicht abgeschlossen, jedoch fallen durch die Sanierung etwa 1900 Plätze weg. Der alte chemische Hörsaal werde renoviert, man müsse dann koordinieren.

Frage 7:

*Warum wird die Buslinie 10 nicht zeitlich angepasst und aufgestockt?*

Wegner: Die Buslinie 10 werde aufgestockt und angepasst.

R.Kaiser(RCDS): Wie genau sehe das aus?

Wegner: Die SWG seien nicht in der Lage uns noch einen Bus zu Verfügung zu stellen. Ab 1.4. solle die Linie jedoch verdichtet werden.

Frage 8:

*Was würden mehr Fahrräder kosten?*

Wegner: Könne man pauschal nicht sagen, da die Kosten von einigen Parametern abhingen.

Frage 9:

*Wie läuft das „Ausleihen“ der Fahrräder ab?*

Wegner: Wurde in Frage 3 schon einmal grob beantwortet, könne man jedoch auch noch nicht ganz genau sagen, da es vom Anbieter abhänge.

Frage 10:

*Was ist für körperlich beeinträchtigte Studierende geplant, welche nicht mit dem Fahrrad fahren können?*

Wegner: Zum einen werde die Buslinie 10 zur Verfügung stehen, außerdem sei die Frage, ob weitere zusätzliche Parkplätze geschaffen werden. Für Studierende ohne körperliche Beeinträchtigung müsse eine Motivation geschaffen werden, um Fahrgemeinschaften zu bilden.

Frage 11:

*Wie hoch sind die genauen Kosten und wer beteiligt sich an diesen?*

*Wenn die Kosten nur auf die Studenten umgelegt wird, warum beteiligt sich die Universität bzw. die Stadt nicht?*

Wegner: Die genauen Kosten seien noch nicht klar. Momentan beteilige sich die Uni daran, sollte es eine Mitfinanzierung der Studierenden geben, werde die gering ausfallen. Die Stadt sowie die THM würden in Verbindung stehen, wollen ebenfalls unterstützen. Die Stadt sage, es stehe kein Geld zur Verfügung für eine Selbstanschaffung der Räder.

R.Kaiser(RCDS): Was seien andere Gründe?

Wegner: Viele andere Städte haben ein Leihfahrradsystem, die Mobilitätsfrage sei immer dringender. Außerdem solle die CO<sub>2</sub>-Einsparung gefördert werden.

R.Kaiser(RCDS): Es sei ein falscher Ansatz, dass die Studierenden die Kosten tragen sollen und die Stadt kaum etwas davon übernehme. Man solle die Stadt dazu ermuntern, ein Leihfahrradsystem anzubieten.

Wegner: Es sei abgestimmt worden, wie vorgegangen wird. Es sei ebenfalls Realität, dass jemand anfangen muss, die Stadt könne dies jedoch nicht, da die finanziellen Mittel nicht verfügbar seien. Es sei geplant gewesen, die Studierenden mit ins Boot zu holen, da diese die Zielgruppe seien. Es sei ein Pilotprojekt, bis die Sanierungen abgeschlossen seien. Danach werde nocheinmal neu abgestimmt.

A.Schlaaff(LHG): Wenn die Evaluation positiv ausfalle, wie hoch sei die Wahrscheinlichkeit, dass das Angebot bestehen bleibe seitens der Uni?

Wegner: Ich denke nicht, dass die Uni sich da rausziehe.

O.Bugla(LHG): An den NaWi's seien die Parkplätze deutlich zu knapp, obwohl es noch keine externen Leute vom Phil gäbe, wie solle dies geregelt werden?

Wegner: 750 Studierende ist im Worst-Case berechnet, wir haben es grob runtergebrochen, wie die Studierenden sich fortbewegen. Grob seien es um die 200 Studierende, für welche es kein Fortbewegungsmittel gebe. Es sei alles bis ins Detail angeschaut worden, es sei bewusst, dass es eine Restmenge gebe, für die es schwierig werden könnte.

A.Daßler(Jusos): Es müssten ja auch nicht alle 750 Studierende gleichzeitig an die NaWi's, es gebe ja auch noch Ausweichmöglichkeiten.

R.Kaiser(RCDS): Gebe es einen Nachteil, wenn das StuPa nach 2 Jahren aus der Finanzierung austrete?

Wegner: Aus jetziger Sicht müsse dann nocheinmal neu darüber nachgedacht werden. Wenn es jetzt nur auf 2 Jahre begrenzt werde, würde es exorbitant teuer werden. Jetzt zu fragen, was in der Zukunft passieren könne, sei jedoch unnötig. Man strebe 2 Jahre plus optional 1 Jahr plus optional 1 Jahr an.

J.Deinzer(Jusos): Wurden auch nicht-anwesende Studierende eingeplant?

Wegner: Es seien keine Abzüge eingerechnet worden, aber die Annahme sei durchaus korrekt und die Zahlen reduzieren sich noch, da man auch Lehrveranstaltungen aufzeichne.

A.Daßler(Jusos): Der Semesterbeitrag solle um einen Euro erhöht werden, um die Fahrradzeit abzudecken.

J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): Kommen wir nun zu dem Antrag.

R.Kaiser(RCDS): Ich stelle den Änderungsantrag: Antrag solle auf 2 Jahre begrenzt werden.

J.Deinzer(Jusos): Das werde eh über den Vertrag geregelt, jedoch erwarte die Uni heute eine Antwort.

A.Daßler(Jusos): Es könne gerne aufgenommen werden, letztlich müsse man sowieso auf den Vertrag warten.

A.Schlaaff(LHG): Die Kosten seien schon immer hoch gewesen und nun sei das großzügige Angebot seitens der Uni da. Man könne vermuten, dass dadurch die Problematik, dass die Studierenden die Vorlesungen schwerer erreichen, kaschiert werden solle. 300 Fahrräder auf 4 Standorte verteilt sei ein Tropfen auf dem heißen Stein.

A.Daßler(Jusos): Wenn der AStA nicht miteinsteige, begrenze die Uni das Angebot auf die Fachschaften, welche dann die Räder nutzen dürfen. Wir wollen aber etwas positives für alle Studierenden schaffen. Wir

hätten dann keine Einwirkung mehr darauf, was mit den Rädern geschieht.

A.Schlaaff(LHG): Haushaltstechnisch sei dies etwas unglücklich, da kein Vertrag vorliege. Der AStA begeben sich damit in eine missliche Lage. Die Uni müsse gewährleisten, dass die Studierenden zu ihren Veranstaltungen kommen. Wenn das System mit den Leihfahrrädern erstmal da ist, könne eine Erwartungshaltung entstehen, dass diese bleiben. Das Semesterticket sei da weitaus sinnvoller.

J.Deinzer(Jusos): Das Zug- und Bahnticket sei auch sinnvoll, jedoch gebe es nunmal einen Bahnhof an den Naturwissenschaften. Die Busse seien vollkommen ausgereizt, die Alternative bestehe darin, dass die Studierenden laufen.

L.Leufgens(UniGrün): In diesen 2 Jahren könne ein System erprobt werden, welches den Studierenden eine alternative Fortbewegungsmöglichkeit biete. Man müsse es sich anschauen und wenn es schlecht laufen sollte, könne man noch immer aussteigen.

O.Bugla(LHG): Es sei gesagt worden, dass es um 2+1+1 Jahre geht.

J.M.Böcher(Jusos/Präsidium): Es gehe um den Antrag, in diesem Antrag sei der Änderungsantrag mit Kürzung auf 2 Jahre übernommen worden.

O.Bugla(LHG): Wenn die Uni es weiter betreibe, entstehen ja weiterhin Kosten. Werde die Uni die Fahrräder kürzen, wenn sie es alleine betreibe?

A.Daßler(Jusos): Ist mir nichts bekannt zu.

L.Leufgens(UniGrün): Könne man ja vermuten, wenn weniger Geld da sei, werden ja vermutlich Standorte wegfallen.

O.Bugla(LHG): Wenn es weniger Standorte gebe, bedeute dies ja, dass an den übrig gebliebenen mehr Fahrräder stehen.

A.Daßler(Jusos): Die Uni werde dann nicht alle Studierenden abdecken, die Räder kosten in der Anschaffung ja.

J.Hinze(Jusos): Die Busse seien überlastet, da diese auch privat genutzt werden.

T.Pettis(Jusos): Wenn die Uni die Fahrräder auf nur einige Studierende begrenze, wird in einem Jahr die gleiche Diskussion wieder stattfinden, da die anderen Studierenden sich dann beschweren.

R.Kaiser(RCDS): Stelle den GO Antrag auf Sitzungsunterbrechung für 6 Minuten.

J.Deinzer(Jusos): Gegenrede: Möchte jemand etwas neues beisteuern oder sei sich nicht sicher, wie er abstimmen möchte?

*GO-Antrag auf Sitzungsunterbrechung bei 3 Enthaltungen abgelehnt.*

O.Bugla(LHG): Wenn Standorte und Fahrräder reduziert werden, seien doch alle abgedeckt.

J.Deinzer(Jusos): Es gebe eine höhere Umverteilung der Fahrräder, weshalb die Kosten ebenfalls höher seien. Dieser Vertrag werde helfen, dass Chaos möglichst gering zu halten.

*Antrag bei 4 Nein Stimmen **angenommen**.*

## ***TOP 12) Preiserhöhung RMV und NVV***

### ***DS 56-20 Preiserhöhung RMV***

*Antrag einstimmig **angenommen**.*

### ***DS 56-21 Preiserhöhung NVV***

*Antrag einstimmig **angenommen**.*

**Für das Präsidium des 56. Studierendenparlamentes**

**Franziska Henrich, Gießen, den 10. November 2017**